

verhindern. Die Tübinger Verwaltung unterstützte den Verband so weitgehend, daß sie sogar die französische Übersetzung eines umfangreichen Memorandums gegen die Einheitskrankenversicherung besorgte und sie an die Tübinger Militärregierung weitergab.²⁹ Diese riet der deutschen Verwaltung daraufhin mündlich, sich direkt an Baden-Baden zu wenden.³⁰ Wie Moser dem für die Einheitsversicherung eintretenden, von den Kommunisten Max Bock bzw. ab 1. Februar 1946 Rudolf Kohl geleiteten Stuttgarter Arbeitsministerium mitteilte, war er sich in der Ablehnung der Einheitskasse mit der Tübinger Militärregierung einig. Während die Stuttgarter erwiderten, gerade die besseren Leistungen der Betriebskassen, gegen deren Verlust die Betroffenen protestierten, sollten allen Versicherten zugutekommen und seien damit der entscheidende Grund für die geplante Auflösung dieser Kassen,³¹ entfalteten die Verbandsvertreter eine rege Aktivität. Louise Breitling reiste am 31. Januar nach Baden-Baden und trug Sozialversicherungsoffizier Hesselbarth ihren Protest persönlich vor. Die Antwort übertraf jedoch ihre schlimmsten Befürchtungen: der Verordnungstext für eine Einheitsversicherung liege unterschrittsreif bei General Koenig.³² Ihr Versuch, bei Koenig direkt vorgelassen zu werden, scheiterte. Sofort organisierte der Verband eine gewaltige Unterschriftenaktion in den betroffenen Betrieben und berief eine Kassenkonferenz ein, zu der die Vertreter der Militärregierung³³ ebenso eingeladen wurden wie Anhänger der Einheitsversicherung aus dem Stuttgarter Arbeitsministerium und Vertreter der Ortskrankenkassen.³⁴ In zunächst richtiger Einschätzung der gewerkschaftsfreundlichen Haltung der Baden-Badener Direction du Travail ließ Breitling sich vom Württembergischen Gewerkschaftsbund bestätigen, er habe mit den Einheitsversicherungsinitiativen nichts zu tun, um so der Militärregierung zu suggerieren, es gehe nicht um demokratische Reformen, sondern um die Durchsetzung von Partikularinteressen – womit die Ortskrankenkassen gemeint waren. Im übrigen hätten die Briten in einer Sitzung in ihrem Bad Oeynhäuser Hauptquartier am 4. Februar 1946 mitgeteilt, die Reformpläne seien in ihrer Zone ad acta gelegt.³⁵ Der scharfe Ton, in den der Verband sich bei seinen Aktionen hineinsteigerte, bewirkte in Baden-Baden nun allerdings das Gegenteil: Unter dem Eindruck der Flut der Protesttelegramme vermutete General Koenig, das Sachproblem – das er eingehend zu überprüfen befahl – bilde den Vorwand für eine *rébellion déguisée à mes ordres*. Als sowohl seine Arbeitsdirektion als auch die politische

²⁹ *Organisationsform der deutschen Sozialversicherung*, am 7. 1. 1946 an den Tübinger Sachbearbeiter Kopf gesandt; Moser sandte die französische Fassung am 16. 1. 1946 an die Militärregierung. Beide Fassungen ebd.

³⁰ Vermerk ebd.

³¹ Moser an Arbeitsministerium Württemberg-Baden, 1. 2. 1946, und Antwort vom 11. 2. 1946 ebd.

³² Breitling an Dumont (MR Tübingen), 2. 2. 1946; ebd. Zu Breitlings Aktivitäten vgl. die Unterlagen in der Sachakte von Koenigs Zivilkabinett, AdO Colmar Cab. Koenig C. 148/Eco VA4.

³³ Hesselbarth und Dumont; Entschließung der Versammlung vom 5. 2. 1946 sowie zahlreiche Betriebsresolutionen ebd.

³⁴ Vgl. den Bericht Genglers an die Landesdirektion für Arbeit, 7. 2. 1946; ebd. U. a. traten LVA Präsident Härle sowie Ministerialrat (?) Hof für die Einheitsversicherung ein.

³⁵ Moser selbst hatte dem Verband zu entsprechenden erneuten Demarchen geraten: Breitling an Hesselbarth, 14. 2. 1946, ebd.; Schreiben des Gewerkschaftsbundes in Anlage.